

Der oberschlesische



Nr. 57

97. Jahrgang
Verlagsort Gleiwitz

Montag, den 9. März 1925

Vossische Rundschau
Dresden 1382
Telegramme
Gleiwitz
Fernsprecher Gleiwitz 171, 172, 231.
Gleiwitz
Preis: 15 Goldpfennig, für poln. Ober schl. 20 Groschen

Sport in Oberschlesien

Aelteste, unparteiische Zeitung des Industriebezirks, bewährtestes Anzeigenblatt

Der "Wanderer" erscheint werktags mittags. - Bezugspreis: In Deutsch-Oberschlesien monatlich Mark 2,70, in Polnisch-Oberschl. monatlich 2,70 Zloty, im Voraus zahlbar 2,70 Złoty. - Durch die Post bezogen monatlich 2,70 GM., in Polnisch-Oberschlesien 2,70 Złoty. - Preis freibleibend - Betriebsförderungen, hervergrufen durch höhere Gewalt, schreibt 2,- GM %o. Bei gerichtlicher Mitwirkung, bei Auktions oder bei Konkurs fällt jede Rabattberechnung fort.

Anzeigenpreise: In Deutsch-Oberschlesien die einseitige mm-Seite 0,10 GM., im Reklameteil 0,40 GM. - Auswärtige Anzeigen die einseitige mm-Seite 0,12½ GM., im Reklameteil 0,50 GM. - Amliche, Hinweise und Verlautbarungen im Industriebezirk 0,20 GM., amliche Anzeigen auswärtig 0,30 GM. - In Polnisch-Oberschlesien die mm-Seite 0,10 bzw. 0,40 Złoty. - Angebots- und Ausfunktionsvermittlung 0,10 GM. Belegan-

Bor bedeutungsschweren Entscheidungen

Ch. Berlin, 9. März. (Eig. Ber.) In Berlin besteht der Eindruck, daß innerhalb der nächsten 8 Tage wichtige Entscheidungen in der außenpolitischen Lage eintreten würden. Ein bedeutungsschwerer Beschuß der Botschafterkonferenz wird voraussichtlich Ende der Woche gefaßt werden. In diesem Stadium der Dinge ist es jedenfalls von größter Wichtigkeit, daß die deutschen Botschafter in London, Paris und Brüssel nach Berlin berufen sind.

Die Neugestaltung Europas

Berlin, 8. März.

Der ehemalige österreichische Bundeskanzler Dr. Seipel ist ein Mann von außerordentlicher Klugheit und darüber hinaus auch von wirtschaftlichem Instinkt. Trotzdem er Vertreter eines machtvollen Staates war, hat er doch in seiner Beherrschung der Elemente und der wirkenden Kräfte der großen Politik eine Meisterschaft bewiesen, die es verständlich macht, wenn man seinen klugen in Köln und Essen gehaltenen Reden über die Neugestaltung Europas und den Weg zum äußeren und inneren Frieden der Welt ernsthaft beachtet.

Dr. Seipel vertritt zugleich stark konservative und außerordentlich forschrifftliche Ideen. Er weiß ganz genau, daß die Neugestaltung der unbefriedigenden Gegenwart keine Rücksichtnahme sein kann. Er rechnet mit den durch die von ihm verurteilten Friedensverträgen geschaffenen territorialen und politischen Lücken. Er leugnet aber mit Recht die sittlichen Gedanken, die von den Autoren der Friedensverträge in sie der Form nach hineingestellt sind. "Die Legende der Sieger" gibt der Gegenwart das Gepräge.

Aus der Regierungssprache Seipels heraus ist seine Stellung zum Böllerbund zu verstehen. Er billigt ihn in der Idee und glaubt, "ein vollkommenes, aber erfüllter Böllerbund ist mehr wert als sein Ideal, wenn dieses nur in den Köpfen von Gelehrten lebe." Gemäß Österreich hat der Böllerbund auf einige Tage zu hoffen vermocht. Letztere ist aber, daß es sich nur um eine vorübergehende Heilung von äußeren Krankeitsbeschleunigungen auf Grund einer rein technischen Betrachtungsweise des Wirtschaftsstandes und nicht um eine Beseitigung der Spannungsursachen. Reparation, Neutralitätsfuß und Sicherheitsfrage bilden nach Seipel den Kern der Neugestaltung. Gerade diese drei Probleme sind Beweisproben der grundlegenden Unfähigkeit des Bundes zu einer das Gemeinwohl der Staaten fördernden Arbeit. Das Reparationsproblem ist unter Aussicht des Böllerbunds weitergeführt worden. Nun ist es so, daß die Richtung schon gewesen ist, lebt den jüngsten Böllerbund sofern ab. Die Entscheidungen in der Böllerbundfrage sind, selbst soweit sie eintraten, in der Pariser Verhandlungsgespräch gegeben worden sind, in der Pariser Friedensvertrag festgelegt, sofern nicht unmittelbare Abmachungen zwischen den beteiligten Staaten (Deutschland und Polen über Oberschlesien) dazu gekommen sind. Die Sicherheitsfrage endlich ist vom Böllerbund geradezu in einem Spannungszustand gemacht worden. Hier verhindert der Böllerbund, daß eine starke Bereitstellung der gegenwärtigen unmöglichen Nachverbündnis erzielt, sondern eine Neugestaltung der europäischen Dinge. Reaktion und Erfüllung müssen Hand in Hand gehen, meint Seipel und weist auf das Dauerschicksal hin.

Von der Wirtschaftsentwicklung erhofft Seipel gestützt auf seine österreichischen Erfahrungen, viel. Er erwartet neue Wirtschaftsmodelle, die sich mit den Grenzen von Staat und Nation plausibel überschneiden werden. Man darf unvorsichtig an die Donaumöderation und empfindet es als gefährlich, daß Seipel die sehr enge und zwangsläufige Entwicklung von Politik und Wirtschaft in diesem Sinne nur allzu leicht sieht. Die "Auslandserlegung" von Staat, Nation und Wirtschaft kann angesichts der Allgegenwart der heutigen internationalen Politikstruktur und der Dienstbarmachung dieser Struktur durch zentralarbeitende politische Gruppen in schwächer organisierten Staaten zu Zersetzungsergebnissen führen, die gerade Seipel sicherlich nicht wünscht.

Nicht nur der Frieden der Völker, sondern und vielleicht vor allem der Frieden im Volk erscheint Seipel als Grundlage der europäischen Neugestaltung notwendig. Gerade die germanisch bestimmten Völker haben den Nationalismus, den Klassenkampfidealismus und den materialistischen Internationalismus mit einem Ernst aufgegriffen, der den diese Dinge sparsam behandelnden Romanen fern liegt. Seipels Ruf an die akademische Jugend wendet sich daher mit begrüßenswerter Schärfe gegen die soziale Revolution gegen Klassenkampf und Klassenunterherrschaft. "Ein Volk, das in sich den Frieden schafft, forgt am Leben für sich und die Menschheit."

Beschärfung des Streiks

Ch. Berlin, 9. März. (Eig. Ber.) Der Eisenbahnerstreik hat sich durch die am Sonntag in zahlreichen Direktionsbezirken gefassten Streikschlüsse wird außerordentlich verschärft. Die Auswirkungen der gestrigen Beschlüsse wird erst der heutige Montag bringen. Immerhin besteht noch die große Gefahr eines Streiks der Eisenbahner und aller übrigen Verkehrsanstalten.

Ch. Berlin, 9. März. (Eig. Ber.) Heute, Montag vormittag 11 Uhr findet in den Musikerhallen eine Sitzung der Arbeitergewerkschaften in Berlin statt in der die Frage einer Verbesserung der Streiklage ausführlich behandelt werden soll. Um Nachmittag schließt sich daran eine Sitzung mit den Beamten gewerkschaften aller Richtungen.

In 8 Tagen

Ch. Genf, 9. März. (Eig. Bericht.) Sobald meldet: Der zweite Bericht des Militärrats an die Botschafterkonferenz ist abgeschlossen. Der Bericht präzisiert genau die Vorschläge für die Erfüllung der Entwaffnungsklausel. In 8 Tagen wird der Bericht den Botschafterrat beschäftigen.

Trauerfeiern im Ausland

Ch. London, 9. März. Heute vormittag 11 Uhr fanden in der protestantischen deutschen Christuskirche, sowie in der katholischen deutschen Katholischkirche in London, ebenso wie in allen übrigen deutschen Kirchen Trauerfeiern für den Reichspräsidenten Ebert statt. An der Trauerfeier in der Christuskirche nahm außer dem Schatzkanzler Churchill als Vertreter des Königs, die Vertreter der britischen Regierung, sowie das gesamte diplomatische Korps, der deutsche Botschaft und zahlreiche Vertreter der deutschen Kolonie teil. Die kurzen und eindrucksvollen Feiern dauerten ungefähr 1½ Stunden.

Chamberlain bei Herricot

Ch. Paris, 9. März. Die Besprechung zwischen Chamberlain und Herricot hat eine klare Gegenüberstellung der französischen und englischen Aufsichtsfrage endlich ist vom Böllerbund geradezu in einer Verbindung aller 21 und 22. Februar gemacht worden. Hier verhindert der Böllerbund, daß eine starke Bereitstellung der gegenwärtigen unmöglichen Nachverbündnis erzielt, sondern eine Neugestaltung der europäischen Dinge. Reaktion und Erfüllung müssen Hand in Hand gehen, meint Seipel und weist auf das Dauerschicksal hin.

Der Eßlar-Prozeß

Ch. Wien, 9. März. Wie das "Neue Wiener Tagblatt" meldet, ist Leo Eßlar entschlossen, zu der in der Wöllersdorfer Affäre erhobenen Anklage nach Wien zu kommen. Eßlar behauptet, daß er den Prozeß nicht zu fürchten habe, da er für alle Berichte die Genehmigung des Bundes erhalten habe. Man sieht dem Sensationsprozeß mit dem größten Interesse entgegen.

Die Lösung der Sicherheitsfrage

Ch. Genf, 9. März. (Eig. Ber.) Der Temps meldet: Das Genfer Protokoll sei als Lösung der Sicherheitsfrage einem Garantievertrag vorzuziehen, denn es sehe ein internationales Schiedsgericht vor. Bevor man es beiseite schiebe, sollte man Mittel und Wege finden, es annehmbar zu machen, denn gerade das Protokoll werde der ganzen Frage der internationalen Beziehungen neue Wege weisen, während eine Garantie durch Deutschland nur einen beschränkten Wert habe.

Deutscher Reichstag

Am Regierungssitz Reichsverkehrsminister Dr. Krohn.

Präsident Doebe eröffnet die Sitzung um 12 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Lesung des Haushaltplanes und zwar beim Reichsverkehrsministerium.

Abg. Keil (Sozialdemokr.) beantragt nicht zuerst das Verkehrsministerium, sondern die Aufwertungsfrage zu behandeln, wegen der Dringlichkeit der Sache. Die Entscheidung müsse heute fallen. Abg. Koch (Dem.) unterstützt den Antrag, da man sonst befürchten müsse, daß in späteren Stunden das Haus verabschiedungsfähig sein werde. Die Regierung habe ihr Verbrechen nicht gehabt, eine Vorlage einzubringen, die das ganze Land betrifft. Für den Antrag steht ein Sozialdemokrat, die Kommunisten und die Demokraten. Da das Präsidentium sich über die Wehrheitsverhältnisse nicht einigen kann, muß eine Abstimmung erfolgen. Der Antrag wird mit 149 gegen 135 Stimmen angenommen.

Der Beratung gefolgt wird, daß über den zweiten Antrag, die Reichsregierung zu erfordern, den Entwurf eines neuen Aufwertungsgesetzes.

Der gemäß der von der Reichsregierung in der Sitzung am 5. Februar 1925 abgegebenen Erklärung vorgelegten drei Wochen voreingestellt werden sollte, nunmehr unverzüglich den Gesetzgebenden Körperstaaten zuzulegen. Verbunden damit wird ein Antrag Müller-Franzen, die Kritik Steuerordnung mit dem 31. März dieses Jahres aufzuheben.

Abg. Freiherr von Mücke (Dem.) betont die Notwendigkeit in der Aufwertungsfrage endlich die Verhüttung zu schaffen und in einer Entscheidung zu kommen. Leider habe die Regierung ihre Aussage nicht gehalten. Das Volk verlangt vom Reichstag, daß die Parteien ihre Verhüttungen halten, die sie im Wahlkampf gegeben haben. Die Demokraten hätten niemals unverbindliche Versprechungen gemacht.

Abg. Keil (Sozialdemokr.) begründet seinen Antrag und stellt fest, daß er eine Wiederholung des ursprünglichen deutschnationalen Antrages sei. (Hinterkeit.) Dem Wahlschwund der Deutschnationalen müsse energetisch zu Leibe gezangen werden. Die Parteivorstand aufzufordern, auch für den preußischen Minister-Präsidenten einen Sozialdemokraten zu nominieren.

Abg. Keil (Sozialdemokr.) gestaltet seinen Antrag und stellt fest, daß er eine Wiederholung des ursprünglichen deutschnationalen Antrages sei. (Hinterkeit.) Dem Wahlschwund der Deutschnationalen müsse energetisch zu Leibe gezangen werden. Biele Wähler werden sich durch Versprechungen der Parteien täuschen lassen. Der Redner verlangt sofortige Aufhebung der Kritik Steuerordnung.

Reichsjustizminister Dr. Braun gibt die Erklärung ab, daß die Reichsregierung außerordentlich bedenkt, daß sie ihre Fassung, das Aufwertungsgesetz innerhalb drei Wochen vorzulegen, nicht habe einhalten können. Die Aufführung des Entwurfs sei aber mit allem Nachdruck gefordert worden und inzwischen im wesentlichen abgeschlossen. Bei der ungewöhnlich wirtschaftlichen Bedeutung hatte sich die Regierung verpflichtet, den Gesetzentwurf erst dann vorzulegen, nachdem sie die Gewissheit habe, daß er in seinen Grundlagen eine Mehrheit im Reichstag hinter sich habe. Eine Gewissheit konnte bisher nicht im nötigen Umfang gewonnen werden. Die Bemühungen nach dieser Richtung würden unausgesetzt fortführen, sodass damit zu rechnen sei, daß die Vorlegung mindestens baldig erfolgen könne. Zu dem sozialdemokratischen Antrag müsse die Regierung nicht pflichtgemäß erläutern, daß die Aufhebung der dritten Sicherheitsverordnung zu einem Chaos auf dem Gebiet der Rechtspleide und der Wirtschaft führen müsse und die Regierung die Verantwortung nicht übernehmen könne.

Abg. Hergt (Dtsch.) erkennt es als durchaus notwendig, daß die Aufwertungsfrage weiter betrieben werden müsse. Die Ausführungen des Justizministers hätten nicht vollkommen befriedigt. Die Regierung habe zwecklos den besten Willen und habe sich völlig bemüht, aber sie habe Widerstände über ihre Stellung nicht verhindern können. Es besteht der Eindruck im Lande, als ob im Kabinett eine zu stark reformistische Auffassung bestehé. Das deutsche Volk habe Anspruch darauf, daß nicht der Eindruck entsteht, als ob nur ein Teil des Volkes bei der Aufwertung berücksichtigt werden solle.

Abg. Schletter (Kentr.) tritt ebenfalls für beschleunigte Verabsiedlung der Aufwertungsfrage ein. Das bisherige Reichsteuerrecht leide an Fehlern, die in ihrer verhängnisvollen Wirkung in